



Freie Volksstimme

Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen

Die für ihren Verbreitungsbezirk beschließend bestimmte Zeitung zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindefürsorge, der Amtsgerichte, der Oberfinanzpräsidenten zu Dresden und Leipzig, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollschreibstube Dresden und Leipzig, der Reichslandräte Dresden und Leipzig und der Reichslandräte Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Bezugspreis monatlich 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebszuschlag bzw. Zustellgeld). Durch die Post 2,40 RM. einchl. 45,00 Rpf. Zustellgeld. (ausw. 48 Rpf. Zustellgeld). Bei Abholung in amt. Geschäftsstellen 2 RM. (einschl. 40 Rpf. Zustellgeld). Bei Abholung in amt. Geschäftsstellen 2 RM. (einschl. 40 Rpf. Zustellgeld). Bei Abholung in amt. Geschäftsstellen 2 RM. (einschl. 40 Rpf. Zustellgeld). Bei Abholung in amt. Geschäftsstellen 2 RM. (einschl. 40 Rpf. Zustellgeld).

Nr. 171. Mittwoch, 23. Juni 1937

Angabezeitung Nr. 11. Preis: Nr. 16. Anzeigenpreis: am Tage vor Ersch. 15 Rpf., f. d. Sonntagsausg. Freitag 17 Rpf., f. d. Sonntagsausg. Samstag 15,00 Rpf. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden A. 1, Weitzsiedl 10, Postfach 20175, Chemnitz 8-15 Uhr. Sprecht. d. Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonn- und Feiertagen. Adressat: Sammelrat 2384 u. 2385

Die Londoner Konferenz gescheitert

Francos Truppen stoßen weiter vor - Chauvemps hat das französische Kabinett gebildet

Moskaus Spiel erleichtert

Von unserer Berliner Schriftleitung

Dr. Sch. Man muß das Londoner Kommuniqué über das Scheitern der Verhandlungen um den Fall der „Leipzig“ mehrmals durchlesen, um dieses Dokument, von dem eine italienische Zeitung mit Recht sagt, daß es in seiner Verschwiegenheit von Genf nicht hätte übertroffen werden können, zu verstehen. Zwischen dem Wenn und Aber der wirren Erklärung steht man aber doch auf dem Grund: daß nämlich die vielgerühmte europäische Solidarität gegenüber der bolschewistischen Gefahr in Spanien an der ersten Probe zerbrochen ist. Weder England noch Frankreich konnten sich mit den gewiß maßvollen deutschen Forderungen einverstanden erklären.

Nach Tagen dunkler Ungewißheit ist damit die politische Lage wieder klar geworden: Deutschland erhält mit diesem Londoner Beschluß seine volle Handlungsfreiheit zurück. Es hat sich nach dem Ueberfall auf die „Leipzig“, wie auch die Verhandlungspartner anerkennen mußten, streng im Rahmen des getroffenen Kontrollabkommens gehalten. Nachdem nun die Ergebnislosigkeit des Beratungsverfahrens offiziell festgestellt ist, tritt die Bestimmung des Abkommens in Kraft, daß jede einzelne Kontrollmacht das Recht erhält, individuell diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen und notwendig hält, um ihre Ueberwachungsflotte zu schützen.

Deutschland wird sich aus eigener Kraft zu helfen wissen. Bedauerlich ist aber die Entschlußlosigkeit der Westmächte, zumal sie von politischen Rücksichten auf das bolschewistische Gesindel in Valencia und Moskau diktiert ist. Denn der Sachverhalt des Roten Angriffs auf die „Leipzig“ und die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen sind — wie im Kommuniqué festgestellt wird — auch von den Regierungen in London und Paris nicht bestritten worden. Nur über die Art der Abwehrmaßnahmen war keine Einigung zu erzielen. Wie stark dabei innerpolitische und taktische Zweckmäßigkeitsgründe eine Rolle gespielt haben, das zeigen die englisch-französischen Versuche, die vorgelegten Warnungen und Demonstrationen ebenso gegen das nationale Spanien (!) wie gegen die Bolschewisten zu richten, obwohl zu einer solchen Herausforderung der Franco-Regierung nicht der geringste Anlaß vorlag. Nur um Moskau nicht weh zu tun, sollten christliche Freiheitskämpfer mit bolschewistischen Piraten auf eine Stufe gestellt werden. Wenn die moralische Grundlage der Verhandlungen so brüchig war, braucht man sich über das politische Klischee nicht zu wundern.

Eine andere gefährliche Folge des in London bewiesenen Mangels an Tatkraft ist die Ermunterung, die die Bolschewisten damit zur Fortsetzung ihrer unerschämten Herausforderungen erhalten. Die Beratungen sollten die Gefahr neuer Angriffe vermindern, sie haben diese Gefahr im Gegenteil erhöht. Der Festimmismus, mit dem unsere italienischen Freunde das ganze Beratungsverfahren von vornherein begleitet haben, hat sich als nur zu berechtigt erwiesen.

Auch die in den letzten Tagen als Hoffnungs-schimmer am politischen Horizont aufgetauchte Aussicht auf eine bessere gesamteuropäische Zusammenarbeit der vier Großmächte hat in London einen schweren Schlag erlitten. Denn von Gemeinschaftsgefühl, Verantwortungsbewußtsein und Solidarität kann man nicht mehr reden, wenn Deutschland für die Eindämmung des spanischen Brandes das Leben von 31 tapferen Seeleuten einsetzt, während es England und Frankreich nicht riskieren, auch nur ihre Flagge vor der Seeräuberhöhle Valencia zu zeigen. Die Westmächte haben damit, ob sie es

Erste Probe auf die Solidarität mißlungen

up London, 22. Juni (Eig. Dienst)

Die Verhandlungen zwischen den vier Kontrollmächten über Sühnemahnahmen im „Leipzig“-Zwischenfall sind am Dienstagabend gescheitert. England und Frankreich haben sich geweigert, den deutschen Forderungen zuzustimmen. Die Konferenz zwischen Außenminister Eden und den Botschaftern Deutschlands, Italiens und Frankreichs begann um 16.40 Uhr, wurde um 18 Uhr beendet und unmittelbar nach Schluß der Konferenz wurde der Fehlschlag der Verhandlungen bekanntgegeben.

In der Sitzung der Vertreter der Kontrollmächte stellte, wie unser Londoner Dr. v. L.-Vertreter dröhete, Botschafter von Ribbentrop noch einmal die deutschen Forderungen fest: 1. Demonstration der Flotten der Kontrollmächte vor Valencia, 2. Scharfe Warnung an den Valencia-Ausschuß, daß im Falle neuer Angriffe oder Drohungen von roter Seite die vier Mächte sich sofort zu einer militärischen Aktion gegen Valencia zusammenschließen werden und 3. Sicherstellung der roten U-Boote, um Angriffe, wie auf die „Leipzig“, im Keime zu ersticken.

Nochmaliges Entgegenkommen Deutschlands

Diese Forderungen brachten klar zum Bewußtsein, daß es sich um weiter nichts als den Schutz der internationalen, dem Kontrollkomitee unterstellten Schiffe in den spanischen Gewässern handelte. Demgegenüber bestand der französische Botschafter Corbin wie auch Eden auf einer Unterjochung des Angriffs auf die „Leipzig“, bevor gemeinsame Schritte gegen Valencia unternommen werden könnten. Wie wenig klar dieser Standpunkt ist, zeigt die Tatsache, daß der Bericht des Kommandanten der „Leipzig“ von keiner Seite der Kontrollmächte in Frage gestellt wurde. Deutschland zeigte dennoch Entgegenkommen insofern, als es seine ursprüngliche Forderung auf Ablieferung der roten U-Boote nunmehr auf Sicherstellung dieser bei gleich-

zeitiger Beratung einschränkte, wie die Sicherheit der Kontrollschiffe besser gewährleistet werden könne. Der deutsche Vertreter erklärte ferner, das Einverständnis Deutschlands zu einer Unterjochung des Angriffs auf die „Leipzig“, jedoch nur in dem Falle, daß die Unterjochung nicht vor, sondern gleichzeitig mit der Flottendemonstration stattfinden sollte.

Demnach zeichneten sich die deutschen Vorschläge, die auf Grund der roten Provokationen gegen die „Deutschland“ und die „Leipzig“ gemacht wurden, durch eine im Verhältnis zu dem neuen schweren Völkerverbrechen durch Valencia so maßvolle Geist aus, daß mit Recht das englische und französische Eingehen auf den deutschen Standpunkt erwartet werden durfte.

Der englische wie der französische Vertreter lehnten jedoch ein offenes Vorgehen gegen Valencia ab. Da machte der britische Vertreter den Vorschlag, daß in Zukunft sämtliche in spanischen Gewässern befindlichen U-Boote sich im aufgestellten Zustand zu befinden hätten. Dieser Vorschlag, der die marxistische Mentalität nicht in Rechnung stellte, da sich erfahrungsgemäß Valencia nicht daran halten würde, wurde von deutscher Seite abgelehnt. Ebenso erklärte sich Botschafter von Ribbentrop gegen den von englischer Seite entworfenen Plan, die solidarische Flottendemonstration auch vor den Küsten Franco-Spaniens abzuhalten, weil das nationale Spanien darin eine Provokation erblicken müsse, da von dieser Seite aus weder Panzerschiffe bombardiert noch Torpedos

Zwei rote U-Boote am Tatort gesehen

Widerlegung ausländischer Behauptungen über das Attentat auf Kreuzer „Leipzig“

Berlin, 22. Juni

Die Glaubwürdigkeit der in ausländischen Zeitungen veröffentlichten Behauptungen, daß vor und während der Zeit, in der die U-Bootsangriffe auf den Kreuzer „Leipzig“ erfolgten, rote U-Boote überhaupt nicht mehr in See gewesen seien, wird schon dadurch widerlegt, daß am 16. Juni mittags zwei rote U-Boote die nationalspanischen Stellungen an der Küste bei Calahonda (an der südspanischen Küste östlich Malagas) beobachtet wurden. Die Angriffe auf die „Leipzig“ aber haben am 15. und 18. stattgefunden, und zwar in der Nähe von Oran, also einem Ort, der einen halben Tagesmarsch von Calahonda entfernt ist.

Ausländische Pressestimmen hatten den Versuch gemacht, einen Widerspruch festzustellen zwischen dem deutschen Kommuniqué vom 15. Juni und den späteren amtlichen Feststellungen über die rotspanischen Attentate auf den

Kreuzer „Leipzig“. Dieser Versuch ist unverständlich.

In dem Kommuniqué vom 15. wurde festgestellt, daß die aus maßlosen Quellen stammenden Gerüchte über eine Torpedierung und Versenkung der „Leipzig“ leichtfertig und unbegründet waren. Wenn am 15. Juni noch nicht bekanntgegeben worden ist, daß an diesem Tage drei schlagangene Torpedoschiffe gegen die „Leipzig“ beobachtet worden sind, so diente dies nicht nur der Beruhigung der Angehörigen der Besatzung, sondern hatte vielmehr seinen Grund auch darin, daß es, wie in der Meldung gesagt, zweckmäßig erschien, vor weiteren Schritten erst den Gerüchten nachzugehen, die eine Torpedierung bereits feststellten, obwohl von deutscher Seite über den Vorfall nach außen hin zunächst geschwiegen worden war.

Für den sorgfältigen Leser der beiden Verlautbarungen kann also von irgend welchen Widersprüchen keine Rede sein.

wollten oder nicht dem Bolschewismus in die Hände gearbeitet und ihm das Spiel erleichtert, das von Moskau aus böswillig inszeniert wurde, um das beginnende Einvernehmen der vier Mächte zu stören. Der Schlag hat weiter den Gedanken der europäischen Verständigung getroffen, denn man kann nicht zugleich mit dem bolschewistischen Weltfeind liebäugeln und seinen Vorstoß in die Kulturwelt aufhalten.

Das deutsche Volk wartet jetzt in Ruhe die Entscheidungen des Führers ab, die uns von der undankbaren Wache für Europa ablösen werden. Nach den bitteren Erfahrungen, die wir bei dieser ersten Probe mit der sogenannten europäischen Solidarität machen mußten, überlassen wir es den Taktikern von London, sich die Finger am bolschewistischen Feuer von Spanien zu verbrennen.

Juden, nichts als Juden in Ungarn

Budapest, 22. Juni

In parlamentarischen Kreisen hat eine Rede über die Judenfrage, die der frühere Staatssekretär der Regierung Bethlen, Baron Georg Brónay, im Oberhaus hielt, erhebliches Aufsehen erregt. Es lagen, so betonte der Redner, zahlreiche Fälle vor, wo aus Deutschland ausgewanderte Juden sich in Ungarn niedergelassen und hier Käufer gefaßt hätten.

Die Industrie Ungarns sei zu 90 v. H. im Besitz des jüdischen Kapitals. Der größte Teil der ungarischen Geldinstitute und der Handelsbanken ebenfalls ausschließlich unter jüdischem Einfluß. Von den Personen mit einem Steuereinkommen von über 10 000 Pengö seien gegenwärtig 60 v. H. Juden. Es gebe Industrieunternehmungen, bei denen nur 1 bis 2 v. H. der Angestellten Nichtjuden seien, und zwar die Hausdiener, Nachtwächter oder Portiers.

auf neutrale Kontrollschiffe abgelehnt wurden. Der französische Antrag entlich, Franco-Spanien gleichfalls in die Warnung durch die Kontrollmächte einzubeziehen, wurde ebenfalls von deutscher und italienischer Seite abgelehnt.

Flottendemonstration abgelehnt

Die amtliche Verlautbarung über das Ergebnis der Viermächtebesprechung lautet: „Eine weitere Sitzung zur Erörterung der Frage der Zwischenfälle, in die der deutsche Kreuzer „Leipzig“ verwickelt worden war, wurde im englischen Außenamt am 22. Juni zwischen dem englischen Außenminister und dem französischen, deutschen und italienischen Botschafter abgehalten.“

Es stellte sich behauerlicherweise als unumgänglich heraus, ein Uebereinkommen über die Maßnahmen zu erreichen, die in diesem Falle ergriffen werden sollten. Es wurde auf der einen Seite für notwendig gehalten, daß — während Vorschläge gemeinsam geprüft werden sollten, um die Sicherheit der Schiffe der vier Flottenmächte zu vermindern — eine Untersuchung über die Umstände der Zwischenfälle allen zu ergreifenden Schritten vorzugehen sollte, die gegen die beteiligte spanische Partei zu richten seien. Auf der anderen Seite wurden die Tatsachen als festgestellt angesehen, und es wurde erachtet, daß die Zwischenfälle sofortige aktive Schritte erforderten, um die Solidarität der Mächte aufrechtzuerhalten und die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern. Der Vorschlag, über den ein Uebereinkommen nicht erreicht werden konnte, war, daß eine sofortige Flottendemonstration durch Zeigen der Klagen der vier Mächte vor der Küste von Valencia stattfinden sollte.“

Zum Scheitern der Viermächtebesprechung meint Reuters unter anderem, die Maßnahmen, die am 12. Juni zustande gekommen ist, bleibe bestehen, und bleibe auch für zukünftige Zwischenfälle in Kraft, falls das Abkommen nicht von einer der vier Mächte gekündigt werde. Das heiße, daß im Falle eines neuen Zwischenfalles neue Besprechungen zwischen den vier Mächten stattfinden würden.

Ganz wie aus Genf

Zu dem Londoner Ergebnis schreibt das angegebene römische Blatt „Tribuna“: Die Feststellungen des deutschen Marineministeriums lassen keinerlei Zweifel über die tatsächlichen Absichten des Angreifers bei dem Anschlag auf den Kreuzer „Leipzig“ offen, um so weniger, als der sowjetspanische Rundfunk die ganze Welt wissen ließ, daß eine neue, hochmoderne U-Boot-Flottille ihre Tätigkeit im Mittelmeer begonnen habe, um auf den spanischen Gewässern alle italienischen und deutschen U-Boote fernzuhalten. Auf den offensichtlichen Versuch der Verbündeten Moskaus, nach dem Fall von Bilbao, der die letzten Maßnahmen eines langen Widerstandes verhängt, einen europäischen Konflikt zu provozieren, antworten London und Paris mit einem Kommuniqué, das von Genf nicht hätte übertroffen werden können.